

Bahn frei für Österreich am Weltmarkt!



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



IV-ZUKUNFTSMONITOR
Vertrauen in Industrie
ungebrochen

Seite 5



MINT-BILDUNG
Deutsche MINT-Expertin
im Interview

Seite 8



WIEN
Bundestagung
der Jungen Industrie

Seite 10

Deutliche Entlastung des Faktors Arbeit

Die Lohnnebenkosten konnten aufgrund des Einsatzes der IV in den vergangenen Jahren um 1,55 Prozent gesenkt werden.

Wenn es um die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit geht, liegt Österreich im internationalen Spitzenfeld. Laut der OECD-Studie "Taxing Wages 2022" liegt Österreich bei der Abgabenlast für Alleinverdiener ohne Kinder sogar auf Platz drei und bei Familien noch immer in den Top 10. Hier liegt ein enormer Hebel, wenn es darum geht, die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Österreich zu stärken. Und der Trend geht in die richtige Richtung: In den vergangenen Jahren ist es gelungen, diese Belastung deutlich zu senken – eine der Kernforderungen der Industriellenvereinigung.

Aufgrund des Einsatzes der IV konnten die Lohnnebenkosten in den letzten Jahren sogar um insgesamt 1,55 Prozentpunkte gesenkt werden. Das entspricht jährlich

einer Entlastung von rund zwei Millionen Euro für die gesamte Privatwirtschaft

und bezogen auf den produktiven Sektor (Bergbau, Herstellung von Waren, EVU,

Wasser, Abwasser, Bauwesen) von rund 800 Mio. Euro.

Entlastung durch Lohnnebenkostensenkung nach Betriebsgröße



Energiekosten: Weichen für erste Linderungen gestellt

Energiekostenzuschuss und Strompreiskompensation wurden umgesetzt und verschaffen erste Unterstützungen für in Not geratene Unternehmen.

Wir erleben derzeit sich gegenseitig befeuernde Krisen, die mittlerweile die Substanz des Wirtschaftsstandortes Österreichs angreifen. Angesichts

der dramatischen Lage braucht es rasches Handeln. Daher hat die Bundesregierung bereits zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen beschlossen – wesentlich für die heimischen Industriebetriebe sind dabei der Energiekostenzuschuss (UEZG) und die

Strompreiskompensation (SAG). Dadurch werden die Weichen für erste Linderungen gestellt, in weiterer Folge braucht es jedoch eine Ausweitung und Verlängerung der nationalen Unterstützungsleistungen sowie strukturelle Maßnahmen auf europäischer Ebene.

Oktober beschlossen, die Förderrichtlinien müssen auch seitens der EU-Kommission notifiziert werden.

Strompreiskompensation als Standortinstrument verstehen

Durch die Umsetzung der Strompreiskompensation wird eine langjährige Forderung der Industrie aufgegriffen. In der aktuellen Ausgestaltung wird das Modell ausschließlich als Kriseninstrument verstanden. Vielmehr sollte es jedoch als Standortinstrument eingesetzt werden, denn: Die Strompreiskompensation gibt Staaten seit 2013 die Möglichkeit, Unternehmen einen Teil der indirekten CO₂-Kosten zu erstatten. Bereits 14 EU-Mitgliedstaaten machen davon Gebrauch. Die Folge ist eine beträchtliche Wettbewerbsverzerrung innerhalb Europas zulasten der österreichischen Industrie, die nun für 2022 beseitigt wird.

Energiekostenzuschuss aufstocken und verlängern

Mit dem Energiekostenzuschuss unterstützt die Bundesregierung energieintensive Unternehmen mit einer Förderung in Höhe von 30 Prozent ihrer Mehrkosten für Strom, Erdgas und Treibstoffe. Insgesamt stehen dafür 1,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Industrie setzt sich weiterhin für eine zeitliche Verlängerung und ein Aufstocken des Fördertopfes auf 2,5 Milliarden Euro ein. Die gesetzliche Grundlage für die Förderung wurde im



EXPERTENMEINUNG

Klimaschutzgesetz: Demokratiepolitische und rechtsstaatliche Bedenken

Zahlreiche Experten haben in den vergangenen Monaten bereits Bedenken gegen kursierende Entwürfe zum Klimaschutzgesetz (KSG) geäußert. Aus demokratiepolitischer und rechtsstaatlicher Sicht wirken viele Bestimmungen fragwürdig und nicht zu Ende gedacht.

So würde mit der „Klimaneutralität 2040“, also null (!) Tonnen CO₂ im Jahre 2040, ein quantifizierbares Ziel in der Verfassung einzementiert, das dem Klimaschutz Vorrang

vor anderen legitimen politischen Zielen einräumt. Die Kompetenz des Gesetzgebers, über gesellschaftspolitische Fragen zu entscheiden, könnte zunehmend auf die Judikative übertragen werden – aus Sicht der Gewaltentrennung eine problematische Entwicklung.

Die Öffnung des Rechtsschutzweges für natürliche Personen und Umweltorganisationen (gerichtliche Durchsetzung von Reduktionszielen und Maßnahmen) bedeutet einen Systemwechsel unseres etablierten

Rechtsschutzsystems. Eine Beschwerdeflut würde die ohnehin maßlos überlasteten (Verwaltungs-)Gerichte zudem voraussichtlich an den Rand ihrer Funktionsfähigkeit treiben.

Einmal eingeführte Maßnahmen dürften durch ein verfassungsmäßig verankertes „Verbesserungsgebot“ nicht mehr abgeschwächt oder eingeschränkt werden. Damit würde der künftige politische Handlungsspielraum drastisch reduziert. Auch verfassungsrechtlich scheint ein derartiges Gebot extrem bedenklich.



Judith Obermayr-Schreiber, Expertin aus dem Bereich Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie

Nutzen wir unsere Chancen – weltweit!

Ein umfassendes Konzept für den Notfall und ein Energiemasterplan sind alternativlos.

Wer die österreich-zentrierten Debatten in heimischen Medien verfolgt, könnte den Eindruck gewinnen, die Zukunft des Landes entscheidet sich in U-Ausschüssen oder bei auf Fahrbahnen festgeklebten Klimaschützern. Dabei wird oft vergessen, dass Österreich den Großteil seines Wohlstands seiner Einbettung in den internationalen Handel verdankt. Der Blick über den Tellerrand macht also Sinn: Mehr als die Hälfte der Wertschöpfung erwirtschaften wir außerhalb unserer Grenzen und rund jeder fünfte Arbeitsplatz hängt am Handel mit anderen Ländern. Heuer werden wir voraussichtlich Waren im Wert von 180 Milliarden Euro aus Österreich exportieren. Unsere (hidden) Champions haben "Made in Austria" auf der ganzen Welt etabliert. Dieses Image und diese Handelsbeziehungen sollten wir pflegen und ausbauen – gerade in Zeiten, in denen der Wind auf den Weltmärkten rauer weht und der Wettbewerb – siehe Energiekosten – härter wird.

Das Beispiel CETA zeigt eindrucksvoll, wie ideologisch aufgeladen und unbegründet viele Ängste oftmals sind, die bei Handelsabkommen ins Treffen geführt wurden und werden. Fünf Jahre, nachdem der Pakt mit Kanada geschlossen wurde, gab es weder Klagen kanadischer Unternehmen gegen europäische Regierungen noch hat es "Hormon- oder Chlorfleisch" über Kanada in österreichische Supermärkte geschafft – und die Wasserversorgung ist auch nicht in die Hände ausländischer Privatinvestoren geraten. Im Gegenteil: Attestierten Kritiker dem Abkommen nur "äußerst geringe ökonomische Effekte", entpuppt

sich der Pakt aus heutiger Perspektive als kleines Außenhandelswunder. 2021 waren die österreichischen Exporte nach Kanada um satte 48 Prozent (!) höher als vor der Anwendung von Ceta, 2017 in Kraft getreten ist.

Dieses Beispiel sollte uns wachrütteln – und zu einer klugen Handelspolitik motivieren, die das Zeug hat, unseren Wohlstand auch in Zukunft nachhaltig zu sichern. In Brasilien werden die politischen Karten neu gemischt. Es ist vielleicht ein historisches Fenster, um die Mercosur-Region als Markt für europäische und österreichische Unternehmen weiter zu öffnen – in einem fairen Abkommen, das auch Umweltschutz sowie Sozial- und Menschenrechtsstandards berücksichtigt, versteht sich. 2021 erreichten die heimischen Warenexporte nach Mercosur einen Wert von 930,3 Millionen Euro. Hier gibt es noch Luft nach oben.

Angesichts der geänderten geopolitischen Rahmenbedingungen und der Neuordnung der Weltwirtschaft mit erstarkenden autokratischen Wirtschaftsmächten lohnt es sich auch, die Handelsbeziehungen mit den USA weiter zu stärken und auszubauen. Damit wir den Aufschwung nach den Krisenzeiten in seinem vollen Potenzial für den Standort Österreich und seine Bürgerinnen und Bürger ausschöpfen können – denn das war schon immer die Stärke der heimischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär




„Es gibt wenig Themen in der Volkswirtschaftslehre, bei denen so viel Einigkeit herrscht: Freihandel sorgt für Wohlstand.“

Monika Köppl-Turyna
Direktorin Eco-Austria



„Eine Chance, als Weltmacht außenpolitische Verantwortung zu übernehmen, hätte China im Ukraine-Krieg. Doch anstatt mäßigend auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin einzuwirken, zelebrierte Xi mit ihm ein paar Wochen vor Beginn des russischen Überfalls eine „Partnerschaft ohne Limits.“

Christian Ultsch
Ressortleiter Außenpolitik,
Die Presse



„Wenn 40 Prozent der Forschenden an der Uni Frauen sind, aber nur 16 Prozent in den Firmen, wo die meisten österreichischen Patente herkommen, und am Ende nur 9 Prozent der Patente von Frauen sind – dann besteht an jeder Stelle dieser Kette dringender Handlungsbedarf.“

Mariana Karepova
Präsidentin, Österreichisches
Patentamt

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 9. November war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS

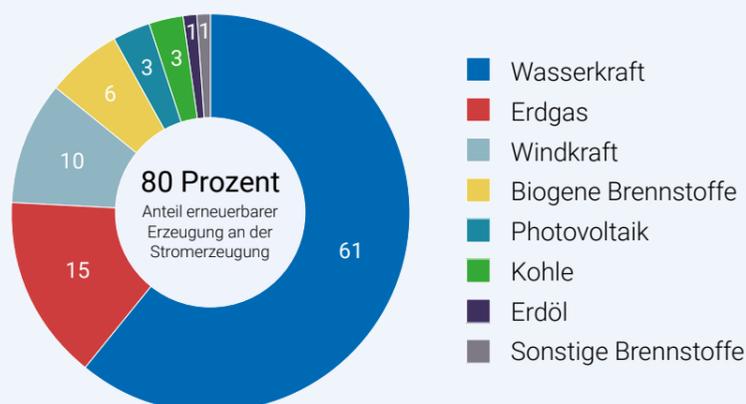


GRAFIK DES MONATS

2021 machte der Anteil an Erneuerbaren an der Stromerzeugung in Österreich 80 Prozent aus. Zwar hat sich die installierte Leistung von Erneuerbaren im Jahresabstand um 1.003 Megawatt (MW) erhöht, doch ging laut E-Control die produzierte Strommenge gleichzeitig um 2.433 Gigawattstunden (GWh) zurück. Der seit Anfang 2021 deutlich gestiegene Marktpreis hat sich bereits

mit Ende 2021 merklich auf den geförderten Ökostrom ausgewirkt. Verglichen mit 2020 (9.549 GWh) sank die von der Abwicklungsstelle für Ökostrom AG (OeMAG) abgenommene Menge auf 8.363 GWh. Noch deutlicher sichtbar ist dieser Trend bei der installierten Leistung, die Strom an die OeMAG geliefert hat. Diese sank von 4.279 MW am 31.12.2020 auf 2.698 MW am 31.12.2021.

Brutto-Stromerzeugung in Österreich nach Erzeugungsquelle in Prozent (2021)



Quelle: Wien Energie, Österreichs Energie, E-Control, 2022

ZAHL DES MONATS

59

PROZENT

Aktuell beläuft sich die heimische Exportquote auf 59 Prozent. Die hohe internationale wirtschaftliche Verflechtung Österreichs sichert Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land. Vom zukünftigen Erfolg heimischer Betriebe auf internationalen Märkten hängt die ökonomische sowie soziale Entwicklung unserer Gesellschaft ab.

Exportierende Unternehmen und ihre Beschäftigten benötigen ein attraktives Umfeld auf nationaler Ebene, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und damit die Erzeugung von Waren und Dienstleistungen für den erfolgreichen Export zu ermöglichen. Flankiert werden müssen diese Anstrengungen durch eine aktive europäische und nationale Handelspolitik sowie zusätzliche exportfördernde Maßnahmen.

Startups und Industrie: Gemeinsam den Innovations-Turbo zünden

Wenn junge und agile Startups auf erfahrene und etablierte Unternehmen treffen, gelingt es besonders gut, Innovationen am Markt zu etablieren. Startups haben auch eine wichtige Rolle als Übersetzer zwischen Forschung und Markt.

Startups spielen eine wichtige Rolle im Innovations-Ökosystem und in der Übersetzungsleistung zwischen Forschung und Markt. Verstärkt wird dieser Effekt vor allem im Zusammenspiel mit etablierten Unternehmen und Industriebetrieben. Ein Beispiel dafür ist die Kooperation zwischen dem Baustoff-Spezialisten Lafarge und dem Startup nista.io. Sie sprachen im Rahmen der von IV und Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft gemeinsam organisierten Veranstaltung "Co-Creation: Startup & Industry" über ihre Erfahrungen.

Individuelle Produktentwicklung

nista.io ist ein Wiener Jungunternehmen, das als Spin-off der Technischen Universität Wien gegründet wurde und die Berechnung von Energiesparpotenzialen in Industriebetrieben automatisiert. Startup und Unternehmen haben sich auf einem Event kennengelernt und gemeinsam ein Energieeffizienz-Tool "as a Service" entwickelt, das demnächst in einem ersten Lafarge-Werk startet und später vielleicht konzernweit ausgerollt wird. Die Learnings

aus dieser engen Zusammenarbeit fließen auch in die Produktentwicklung des Jungunternehmens ein – gleichzeitig haben Unternehmen bei einer solchen Kooperation den Vorteil, das Produkt mitgestalten

2.800

**Startups wurden seit 2010
in Österreich gegründet**

zu können, damit es besser zu den eigenen Bedürfnissen passt. nista.io-Co-Founderin Anna Pözl: "Die Validierung durch erste 'proofs of concept' und in weiteren Schritten auch die Entwicklung des Produktes mit und nicht an Kundinnen und Kunden vorbei ist ausschlaggebend, um Unternehmen wirklich bei täglichen Herausforderungen zu helfen. Die Offenheit und Bereitschaft bei Lafarge hier gemeinsam anzupacken ist dabei herausragend."

Vom Labor auf den Markt

Laut dem jüngsten Austrian Startup Monitor

(ASM) sind Kooperationen mit Unternehmen die bedeutendste Quelle für Aufträge für Startups – die Hälfte davon wird mit Großunternehmen eingegangen. „Für die Industrie spielen Startups eine wichtige Rolle im Innovationsprozess, da sie den aktiven Part in Schumpeters schöpferischer Zerstörung einnehmen – sie zeigen auf, wie wir Prozesse und Produktbestandteile anders kombinieren können, um so Neues zu schaffen. In der Zusammenarbeit dieser jungen Innovatorinnen und Innovatoren mit etablierten Unternehmen, die Vertrauen und Reichweite am Markt einbringen, liegt

35%

**der Startups haben eine
Frau im Gründungsteam**

eine große Schlagkraft“, sagt IV-Präsident Georg Knill. „Innovative Startups und Spin-offs übernehmen als Bindeglied zwischen Labor und Markt zudem eine wichtige Übersetzungsleistung, indem sie Innovationen aus der Grundlagenforschung in marktfähige Produkte und Dienstleistungen umwandeln. Sie sind ein Turbo, wenn es darum geht, Innovationen marktreif zu machen.“

Akademische Spin-offs arbeiten laut ASM besonders oft mit Großunternehmen zusammen, etwa um gemeinsam Technologien weiterzuentwickeln oder erstmals einzusetzen. Eine bedeutende Drehscheibe dafür ist das Institute of Science and Technology Austria (ISTA) in Klosterneuburg, das sich der Spitzenforschung in den Bereichen Physik, Mathematik, Informatik und Life Sciences widmet und mit eigenen Programmen und Fellowships einen Fokus auf akademische Spin-offs und deren Zusammenarbeit mit Großunternehmen legt. Im IST Cube wird die Entwicklung von Spin-offs

22%

**der Gründungen
sind Spin-offs**

gezielt gefördert – inhaltlich, aber auch mit Risikokapital. Am Campus ist auch nista.io untergekommen oder andere Erfolgsbeispiele wie das DNA-Synthese-Startup Ribbon Biolabs, das von einem der ersten Postdocs des Instituts mitgegründet wurde und zuletzt eine Finanzierung über 18 Mio. Dollar bei Investoren gesichert hat.

IV als starker Partner

IST Cube hat für die Beteiligung an Spin-offs als Fonds vor zwei Jahren insgesamt 45 Mio. Euro bei Investoren eingesammelt – 12,6 Mio. Euro sind seither bereits geflossen. Am ISTA-Campus sitzen auch einige Unternehmen als Partner direkt an der Quelle dieser Innovationskraft. Gemeinsam mit dem ISTA und dem Bildungsministerium lud die IV im Oktober wieder zu einem „Science Industry Talk“ auf den Campus, wo Spin-off-Gründer wie Christoph Huber von BioNTech oder Stefan Poledna von TTTech ihre Erfahrungen teilten und ISTA-Präsident Thomas Henzinger das Innovations-Ökosystem vorstellte, das sich rund um das ISTA gebildet hat.



Bildungsminister Martin Polaschek beim "Science Industry Talk" am ISTA-Campus in Klosterneuburg.



Georg Knill (l.) und Minister Martin Kocher bei dem Event "Co-Creation: Startup & Industry"

Die Krise als Chance für Startup-Gründerinnen und Investorinnen

Die Startup-Industrie ist eine, die oftmals von der Old Economy belächelt wird. Teilweise auch zurecht. Wie viele absurde Geschäftsideen waren schon in den Medien, manche waren so dreist, dass sie im eigentlichen Kern nur eines im Sinn hatten - Risikokapital aufzustellen.

EINST

Die erste Million war von öffentlichen Förderungen schnell aufgestellt. Das lustige Leben auf der Überholspur konnte beginnen. Storytelling war im Fokus des Fundraising Prozesses. Auf die Umsetzbarkeit des geplanten Vorhabens wurde oftmals (auch unter professionellen Investorinnen) weniger geachtet. Der Technologie-Sektor hat geboomt, finanzielle Mittel waren scheinbar unlimitiert verfügbar und FOMO („fear of missing out“) spielte den Startup-Gründerinnen in die Karten. Eine Schlagzeile über erfolgreiche Finanzierungsrunden jagte die nächste.

Die Pandemie- und Wirtschaftskrise haben all dies nun verändert. Zum besseren, wie wir meinen!

JETZT

Storytelling - ja, aber hinterlegt mit echten „Old Economy“-KPIs. Um Risikokapital aufzustellen, sind Startup-Gründerinnen mehr denn je gefordert, ihren Business Case realistisch zu belegen. Ein Proof of Concept, der Product-Market-Fit, müssen viel früher als noch vor zwei oder drei Jahren belegt werden. Businesspläne, Gesellschaftsverträge, Mitarbeiterbeteiligungsmodelle und Saldenlisten werden akribisch geprüft und nur jene Gründerinnen, die alle Checkmarks erfüllen, bekommen eine Chance auf Finanzierung.

Wir von Big Cheese Ventures haben uns darauf spezialisiert, die vielversprechendsten Startup Gründerinnen aufzuspüren und sie mit Investorinnen zusammenzuführen. Wir

prüfen die Startups auf Herz und Nieren und suchen gezielt Investoren, die neben dem Kapital auch einen strategischen Mehrwert bieten können. In den zahlreichen Finanzierungsrunden, die wir in letzter Zeit begleiten durften, konnten wir erleben, dass wirklich nur die professionellsten und am besten vorbereiteten Startups zu frischem Geld kommen.

Wir sehen die aktuelle Marktlage für Startups und Investoren als einmalige Chance: Startups werden professioneller und erhöhen dadurch ihre Erfolgchancen. Investoren haben aktuell die Möglichkeit, in genau diese Startups zu investieren. Des Weiteren sind die Unternehmensbewertungen wesentlich realistischer, das Investieren

dadurch lukrativer geworden. Der Zeitpunkt zum Investieren ist aktuell sehr klug. Daran glauben wir und dabei unterstützen wir auch täglich - sowohl auf der Startup- als auch auf der Investorensseite.



ZU DEN PERSONEN

Mit der Big Cheese Ventures GmbH begleiten Mark Kaslatler und Ben Ruschin Startup-Gründerinnen bei der Umsetzung von Finanzierungsrunden sowie bei M&A-Transaktionen.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie auf: www.bigcheese.io

BLICK VON AUSSEN

Die Gastkommentare in den iv-positionen stellen die Meinung des Autors dar und spiegeln nicht grundsätzlich die Position der Industriellenvereinigung wider.

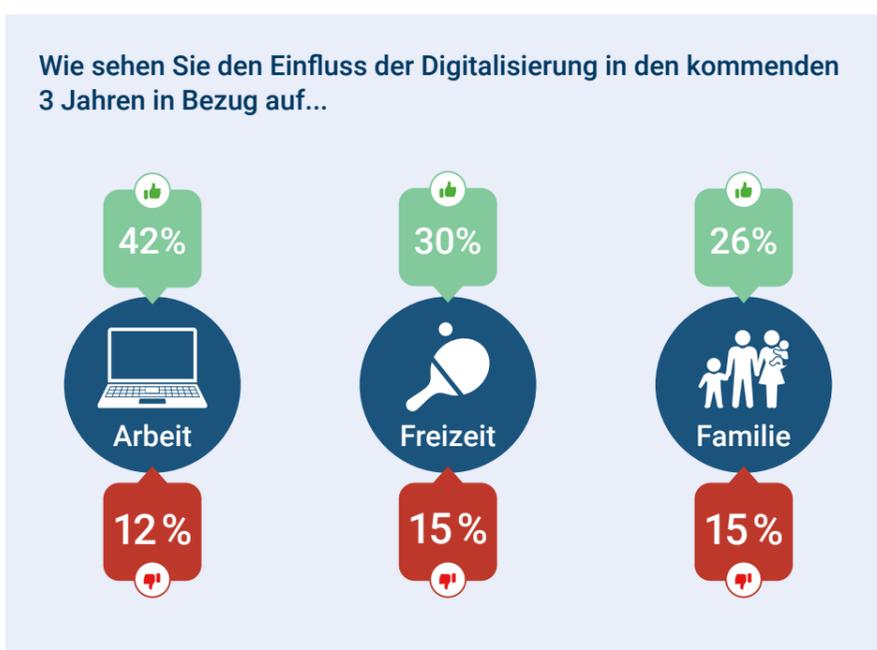
Vertrauen in Industrie und Unternehmertum ungebrochen

IV-ZukunftsMonitor: Multiple Krisen trüben die Stimmung – Industrie und Unternehmertum sind weiterhin stabile Anker.

Nach bald drei Jahren Pandemie, dem Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, Inflation und Energiekrise machen sich erste Auswirkungen der multiplen Krisen auf die Stimmung der Gesellschaft bemerkbar. Die Stimmung ist zwar noch gut, trübt sich aber bereits ein. Die Industrie genießt jedoch weiterhin ein hohes Vertrauen. Das ergab der IV-ZukunftsMonitor, der gemeinsam mit dem Institut für empirische Sozialforschung (IFES) von der Industriellenvereinigung (IV) zum dritten Mal seit 2019 ins Feld gebracht wurde. Dieser liefert umfassende empirische Daten über den aktuellen und künftigen Zustand der Gesellschaft in Österreich.

Ein Großteil der Bevölkerung ist grundsätzlich mit der eigenen Lebenssituation zufrieden. Allerdings sind die persönlichen

Erwartungen für die nächsten drei Jahre getrübt durch die derzeitigen Entwicklungen. Allgemein sieht die Mehrheit auch den eingeschlagenen Weg Österreichs kritisch. Unternehmertum und Industrie genießen hohes Vertrauen und Ansehen in der österreichischen Bevölkerung. Trotz der vielschichtigen Problemfelder, die derzeit die Themenkonjunktur in Österreich und Europa beherrschen, ist der Stellenwert von Wirtschaft, Industrie und Unternehmertum im Land weiterhin hoch: Eine klare Mehrheit der Befragten ist davon überzeugt, dass es Unternehmer sind, die Arbeitsplätze im Land schaffen. Zudem wird die Industrie als wesentlicher Motor der heimischen Gesamtwirtschaft betrachtet. Mehr als zwei Drittel sprechen sich außerdem für eine stärkere Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation als Basis für neue Technologien und Produkte aus.



Industrie unterstützt Ausbau der Österreichischen Auslandsschulen

Bei einer vom österreichischen Bildungsministerium initiierten Delegationsreise nach Albanien stand die Neupositionierung und Ausweitung der derzeit insgesamt acht Österreichischen Auslandsschulen im Zentrum.

An den Österreichischen Auslandsschulen werden in sieben Ländern über 3.300 Schüler nach einem leicht adaptierten österreichischen Lehrplan unterrichtet. Der Gründung der Auslandsschulen lagen jeweils historische, wirtschafts- und kultur-, aber auch entwicklungspolitische Überlegungen zugrunde. Bei der Ausweitung der Auslandsschulen sollen künftig arbeitsmarktrelevante Aspekte wie der hohe Fachkräftebedarf in Österreich verstärkt berücksichtigt werden. Christine Schwarz-Fuchs, die Vorsitzende des IV-Ausschusses für Bildungspolitik, begleitete Bundesminister Polaschek auf einer zweitägigen Reise nach Albanien, mit der auch das 15-jährige Bestandsjubiläum der HTL in Shkodra begangen wurde. „Die Idee, die Auslandsschulen auszuweiten und den Absolventinnen und

Absolventen verstärkt den Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt zu eröffnen, hat das Potenzial, sowohl für Österreich als auch für die Herkunftsländer zu einer Erfolgsgeschichte zu werden“, meinte Christine Schwarz-Fuchs in diesem Rahmen. Sie lenkte

das Augenmerk dabei insbesondere auf die große Bedeutung der HTL als einzigartiges Asset des österreichischen Wirtschaftsstandorts und Bildungssystems. Sie sollten aus ihrer Sicht jedenfalls Teil der Neupositionierung der Auslandsschulen sein.



V.l.n.r.: Albanische Vize-Wirtschaftsministerin Olta Manjani, Christine Schwarz-Fuchs (Vize-Präsidentin IV-Vorarlberg), Martin Polaschek (Bildungsminister), albanische Bildungsministerin Evis Kushi, Mariana Kühnel (Generalsekretär-Stellvertreterin WKO)

Auch in Österreich könnten den HTLs aus Sicht der Industrie durchaus noch mehr Beachtung geschenkt werden – gerade auch im Vergleich zur Aufmerksamkeit, die etwa den AHS in bildungspolitischen Diskussionen zuteil wird. Dabei wird jede vierte Matura in Österreich an einer HTL absolviert und mehr als die Hälfte des hoch qualifizierten Personals der Industrie an HTLs ausgebildet – mehr als an Universitäten und Fachhochschulen zusammen.

Eine stärkere österreichweite Verankerung der HTL in der Bildungsverwaltung würde deren Situation ebenso verbessern wie eine erleichterte pädagogische Ausbildung für jene Fachkräfte der Industrie, die ihre Expertise als fachpraktische Lehrkräfte für ein paar Unterrichtsstunden zur Verfügung stellen möchten.

Transformationsoffensive: IV-Erfolg für klimaneutralen Umbau

Die Transformationsoffensive bringt bis 2026 600 Mio. Euro für klimaneutralen Umbau und standortbezogene Forschung, Technologieentwicklung und Innovation (FTI).

In der kürzlich von der Bundesregierung präsentierten Transformationsoffensive sind im Wirtschaftsministerium zusätzliche Mittel in Höhe von 600 Mio. Euro bis 2026 für FTI-Maßnahmen vorgesehen. Diese adressieren die Förderung von anwendungsorientierter und technologieoffener Forschung, ebenso wie Standort- und Investitionsförderungen und Qualifizierungsmaßnahmen. Damit werden erforderliche Schritte gesetzt, um Österreichs Unternehmen zu unterstützen, sich erfolgreich in den wichtigen Schlüssel-

technologien und Schlüsselsektoren sowie in strategischen Wertschöpfungsketten zu positionieren.

Für die klimaneutrale Transformation von Unternehmen sind in einem langfristigen Zeitrahmen rund 5,1 Mrd. Euro vorgesehen. Davon entfallen 2,975 Mrd. Euro auf ein neu zu schaffendes Förderinstrument für die Transformation der Industrie. Beginnend mit 175 Mio. Euro ab 2023 stehen in weiterer Folge bis 2030 jährlich 400 Mio. Euro für klimawirksame Maßnahmen insbesondere

der energieintensiven Industrie zur Verfügung, um eine langfristige Planbarkeit zu gewährleisten. Erstmals werden mit sogenannten Carbon Contracts for Difference (CCfD) auch laufende Betriebsförderungen möglich sein.

Rasche Umsetzung gefordert

Die IV hat sich in den letzten Monaten konsequent dafür eingesetzt, dass eine Transformationsoffensive neben der Klimaneutralität der Industrie auch auf FTI setzen muss. Die signifikante Budgeterhöhung

ist ein wichtiger IV-Erfolg. Für den Teil des Wirtschaftsministeriums sollen vorrangig vorhandene Förderprogramme in den zentralen Förderagenturen FFG und awa ausgebaut werden, die für alle zukunftsträchtigen Technologien offenstehen. Ein Fokus wird auf technologieentwickelnde industrielle Leitbetriebe in den Schlüsselsektoren Halbleiter, Automotive und Life Sciences gelegt. Darüber hinaus werden auch andere Branchen antragsberechtigt sein. Jetzt gilt es, rasch und zielgerichtet die Richtlinien auszuarbeiten.

Jetzt Österreichs Erfolg auf den Weltmärkten stärken!

Österreichs Industriebetriebe sind Champions auf internationalen Märkten. Doch der Wettbewerb wird rauer. Nur mit strategischen Weichenstellungen und kluger Vernetzung lässt sich die Position Österreichs sichern und ausbauen.

CETA sorgte in breiten Schichten von Gesellschaft und Politik für Empörung. Als "schwarzer Tag für einen fairen internationalen Handel" wurde das 2018 ratifizierte Handelsabkommen mit Kanada bezeichnet. Fünf Jahre später ist keine der zahlreichen Befürchtungen eingetreten. Im Gegenteil: Attestierten Kritiker dem Abkommen nur "äußerst geringe ökonomische Effekte", entpuppt sich der Pakt aus heutiger Perspektive als kleines Außenhandelswunder. Um satte 48 Prozent sind die österreichischen Exporte nach Kanada seit der Anwendung von CETA 2017 gestiegen. Und der Turbo wirkt nachhaltig – 2021 lagen die Warenexporte nach Kanada auf einem Rekordwert von 1,4 Milliarden Euro, im ersten Halbjahr 2022 gab es erneut einen Zuwachs im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als 19 Prozent. Vor allem Maschinenbauprodukte und Metallwaren aus Österreich sind im Norden Nordamerikas gefragt, aber auch Getränke erfreuen sich zunehmender Beliebtheit.

Die Erfolgsgeschichte des Abkommens, das den Handel zwischen Österreich und Kanada beflügelt hat, erinnert eindringlich an die Stärken der österreichischen Industrie, mit hochqualitativen Produkten weltweit zu punkten. Mit einer Exportquote von 59,4 Prozent am BIP wird mehr als die Hälfte des Wohlstandes jenseits der Grenzen erwirtschaftet. 2021 wurde mit 166 Milliarden Euro ein Exportrekord erzielt – für 2022 rechnet das WIFO damit, dass Waren im Wert von 180 Milliarden Euro aus Österreich exportiert werden. Bei den Pro-Kopf-Exporten liegt Österreich laut Eurostat weltweit auf Platz 7.

Industrie ist Exportweltmeister

Große Unternehmen exportieren besonders viel, wie eine aktuelle Studie vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) und dem Austrian Institute of Technology (AIT) zeigt. Während Unternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten im Schnitt weniger als 20 Prozent ihrer Umsätze im Ausland erzielen, sind Firmen mit mehr als 1.500 Beschäftigten fast ausschließlich Exporteure (97 Prozent Umsatzanteil). „Exportweltmeister sind vor allem die großen Leitbetriebe in der Industrie“, sagte der Co-Autor der Studie, Bernhard Dachs vom AIT. Gemeinsam mit Robert Stehrer, wissenschaftlicher

Direktor des wiiw, hatte er für die Studie 5.000 Unternehmen aus der Sachgüterproduktion analysiert.

Das Klima auf internationalen Märkten wird jedoch rauer, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen ist durch multiple Krisen unter enormen Druck geraten. Es gibt allerdings noch Maßnahmen, die Österreichs Position in dieser turbulenten Zeit auf dem Weltmarkt stärken können. "Ein logischer Schritt sind weitere Abkommen mit Ländern und Weltregionen, um heimischen Unternehmen die Türen zu potenziellen neuen Kunden zu öffnen und ihnen einen Vorteil zu verschaffen – oder zumindest Nachteile aus dem Weg zu räumen", sagt Michael Löwy, Bereichsleiter Internationale Beziehungen & Märkte.

„Die geänderten geopolitischen Rahmenbedingungen machen eine strategische Neuausrichtung internationaler Partnerschaften der Europäischen Union notwendig“

Georg Knill,
IV-Präsident

Mercosur ist eine solche Region. Die Wirtschaftsgemeinschaft, die Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay umfasst, hat in Summe rund 266 Millionen Einwohner. 2021 erreichten die heimischen Warenexporte nach Mercosur einen Wert von 930,3 Millionen Euro. Der bisherige EU-Handel mit der Mercosur-Region sichert in Österreich 32.000 Arbeitsplätze. 1.400 heimische und 60.500 EU-Unternehmen sind dort aktiv.

Es geht nicht nur um Zölle

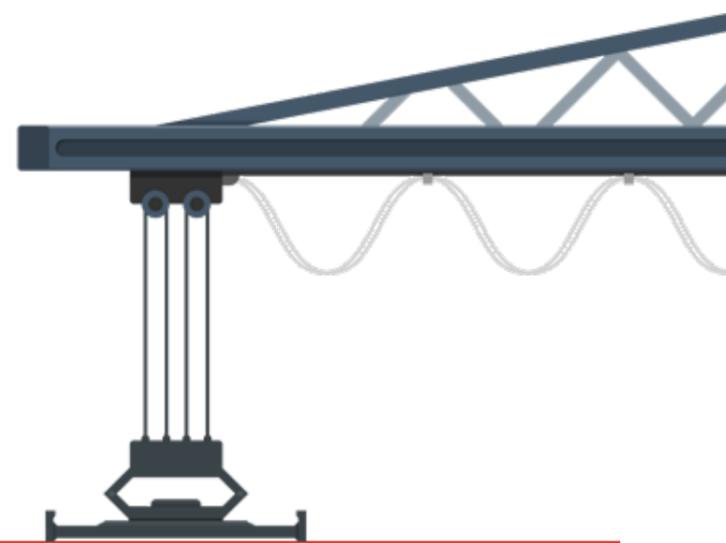
„Die geänderten geopolitischen Rahmenbedingungen machen eine strategische Neu-

ausrichtung internationaler Partnerschaften der Europäischen Union notwendig“, sagt Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung. Auch die Beziehung mit den USA als einem der wichtigsten Außenhandelspartner Österreichs ließe sich noch stärken. Solche Abkommen zielen nicht nur auf Zölle ab – im Fall von Mercosur könnte der vorgesehene Abbau von 91 Prozent der Zölle europäischen Exporteuren jährlich eine Ersparnis von 4 Mrd. Euro bringen, rechnet die EU-Kommission vor. Für die heimische Industrie ist außerdem eine sichere Rohstoffversorgung existenziell. Daher müssen Rohstoffpartnerschaften verstärkt werden, auch um die Abhängigkeit von einzelnen Staaten zu reduzieren. Auch die gegenseitige Anerkennung technischer Standards wäre ein wichtiger Schritt. Selbst innerhalb der EU gibt es nach wie vor einen Fleckenteppich aus Standards, die die Produktion für internationale Kunden erschweren.

Nicht zuletzt würde auch ein besserer Zugang zu internationalen öffentlichen Beschaffungsmärkten neue Chancen für österreichische Unternehmen eröffnen. Derzeit haben Unternehmen aus der EU oft nur beschränkten Zugang zur öffentlichen Beschaffung in Drittstaaten, während umgekehrt die Tore weit offen stehen. Das könnte kurzfristig mit bilateralen Abkommen ausgeglichen werden, Ziel ist aber, Drittstaaten wie China oder Indien zu einem Beitritt zum Government Procurement Agreement (GPA) zu bewegen. Dabei handelt es sich um ein Reglement der World Trade Organisation (WTO), das offene, faire und transparente Wettbewerbsbedingungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge gewährleisten soll. Die 48 Länder, die den Vertrag bisher unterzeichnet haben, öffnen Aufträge in Höhe von 1,7 Billionen Euro pro Jahr für andere Mitglieder im GPA. „Sollten europäische Unternehmen dauerhaft bei öffentlichen Ausschreibungen diskriminiert werden, muss auch der EU-Binnenmarkt in der Lage sein, durch reziproke Maßnahmen den Marktzugang zu beschränken“, sagt Löwy.

Rolle der WTO stärken

Die WTO nimmt als Hüterin des multilateralen Handelssystems grundsätzlich eine wesentliche Rolle ein. Die Organisation ist in ihren Mechanismen jedoch teilweise veraltet und muss dringend gestärkt und



weiterentwickelt werden, um ihre Rolle in turbulenten Zeiten besser ausüben zu können. Die Bedeutung von Streitbeilegung und Sanktionierung bei Verstößen wächst und dementsprechend schlagkräftig sollte die WTO in diesen Bereichen sein. Die Mitgliedsstaaten der WTO hatten sich im Juni das Ziel gesetzt, den Streitbeilegungsmechanismus bis 2024 zu überarbeiten und bis dahin Vorschläge für eine WTO-Reform zu präsentieren.

„Exportweltmeister sind vor allem die großen Leitbetriebe in der Industrie.“

Bernhard Dachs,
AIT

Wenn es um internationalen Handel geht, spielen auch Umweltstandards und umweltfreundliche Produktion eine große Rolle. Österreichische und europäische Unternehmen punkten weltweit mit hohen Standards in Bereichen wie CO₂-Emissionen, Sicherheit und Menschenrechte. In einem härter geführten internationalen Wettbewerb ist es jedoch oft schwierig, mit den großen Unterschieden nationaler Standards in diesen Bereichen umzugehen. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 die Emissionen

im Vergleich zum Jahr 1990 um 55 Prozent zu reduzieren. Es handelt sich um das ambitionierteste Ziel aller relevanten Wirtschaftsräume der Welt. Die EU steht für knapp zehn Prozent des globalen Ausstoßes an Treibhausgasen. Der Kampf gegen den Klimawandel wird Europa nicht allein gewinnen können.

Gleichzeitig schafft diese hohe Ambition in ihrer derzeitigen Form für Europa in wesentlichen Industrien Wettbewerbsnachteile. Alleine in Österreich steht die energieintensive Industrie für eine direkte Wertschöpfung von 14 Milliarden Euro und für rund 137.000 Arbeitsplätze. Um die Nachteile für Unternehmen in Österreich und Europa zu verringern und die klimapolitisch ambitionierte Position der EU gegenüber anderen Staaten glaubwürdig zu untermauern, sollte der im Rahmen des EU-Emissionshandels wirkungsvolle Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), der auf die Treibhausgas-Emissionslast abzielt, durchgesetzt werden.

Erfolgsfaktor Innovation

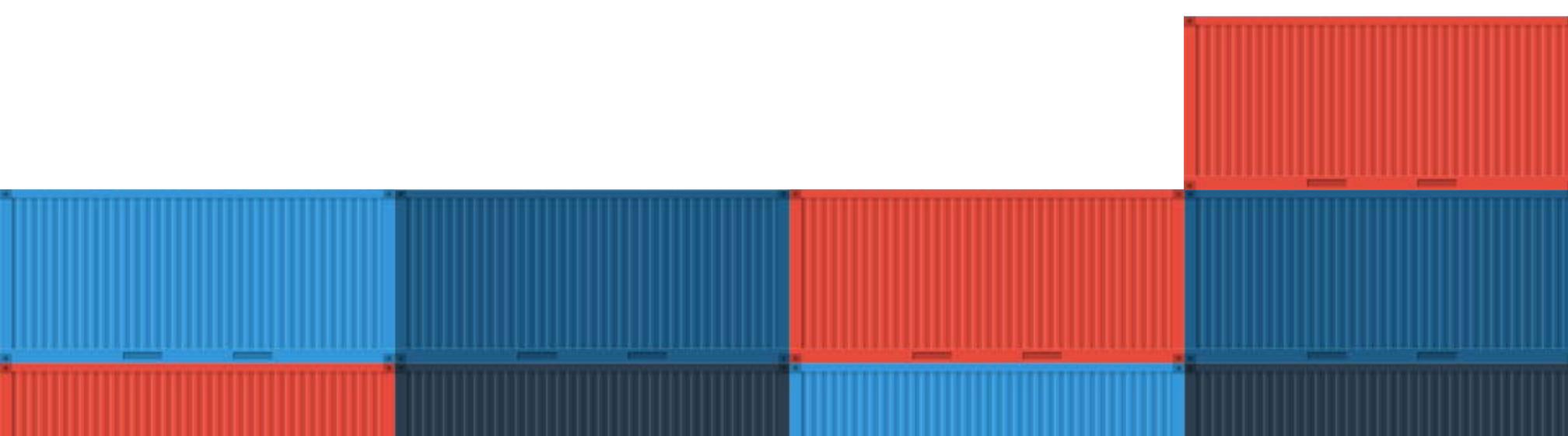
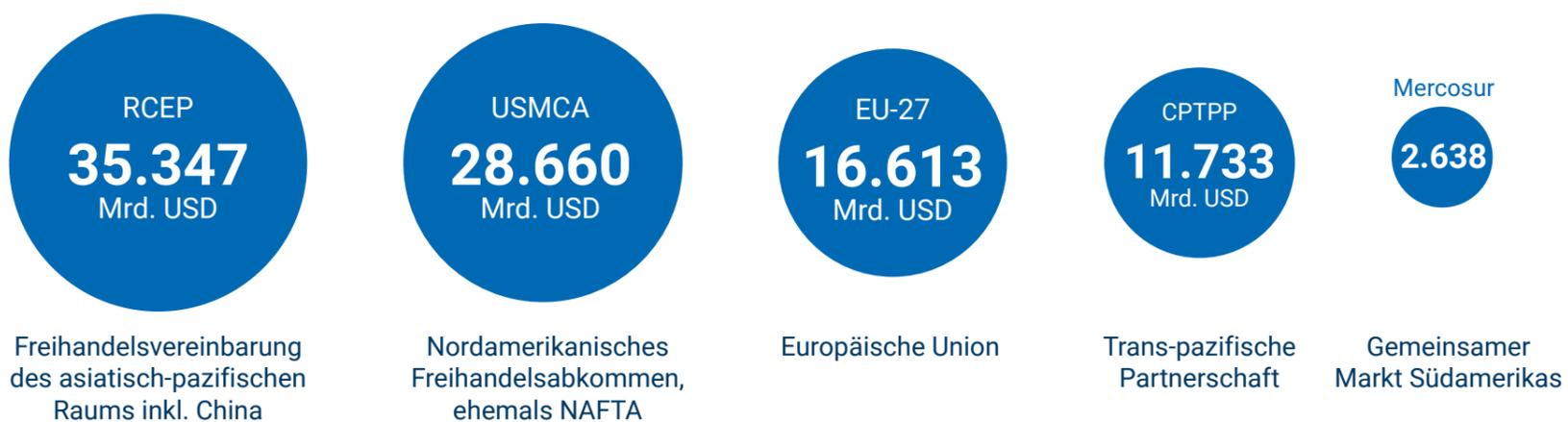
Der Wandel zu einer klimafreundlichen Wirtschaft ist auch eine technologische Frage. Mit der Entwicklung von Schlüsseltechnologien und Innovationen wird die Energiewende gelingen. Die Digitalisierung bringt aber auch entscheidende Vorteile, wenn es um Effizienz und Produktivität geht. Der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) kann Vorteile in der Produktion bringen, neue Geschäftsmodelle eröffnen und die Wertschöpfung steigern. Das Wissen um diese Potenziale hat einen

Fünf Forderungen für fairen internationalen Wettbewerb:

- Neue Freihandelsabkommen abschließen: Mercosur sowie Mexiko-Abkommen umsetzen, Verhandlungen mit Australien, Indonesien und Indien zügig abschließen, transatlantisches Handelsabkommen mit den USA verhandeln.
- Internationale Rohstoffpartnerschaften schließen, um die Rohstoffversorgung sicherzustellen.
- Eine faire Klimapolitik, die den Klimawandel begrenzt: Schaffung eines „Klimaclubs“, in dem wesentliche Wirtschaftsmächte an gemeinsamen und vergleichbaren Klimazielen arbeiten.
- WTO-Reform: Das Regelwerk den aktuellen internationalen Erfordernissen anpassen, etwa Wettbewerbsverzerrungen durch verbotene Subventionen konsequenter sanktionieren.
- Die Effektivität österreichischer Außenwirtschaftsinstrumente steigern und Angebote für Exportfinanzierungen verbessern.

Wettbewerb auf globaler Ebene zur Folge. Europa droht dabei, den Boden zu verlieren. Im Jahr 2021 lagen die privaten Investitionen in KI weltweit bei 93,5 Milliarden Dollar, was eine Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Allein in den USA investierten Private rund 52 Milliarden Dollar, in China rund 17 Milliarden Dollar – die EU liegt mit rund 6 Milliarden Dollar weit abgeschlagen. Hier aufzuholen kann nur gemeinsam gelingen: So ist es für österreichische Unternehmen wichtig, sich bei strategischen Zukunftsthemen europäischen Initiativen wie dem EU-Chips-Act oder dem Souveränitätsfonds anzuschließen. Gleichzeitig sollte die EU auch hier auf Kooperationen mit den Spitzenreitern setzen. Das sind in Innovation und Schlüsseltechnologien Nationen wie USA, Südkorea, Singapur oder Israel. Die intensive internationale Vernetzung ist für Europa ein entscheidender Erfolgsfaktor im globalen Wettbewerb.

Die größten Freihandelszonen weltweit nach Bruttoinlandsprodukt



MINT-Bildung: "Angebote für Mädchen schaffen"

Die deutsche MINT-Expertin Stephanie Kowitz-Harms erklärt im Gespräch, wie man mehr junge Frauen für IT, Technik und Mathematik begeistern kann.



ZUR PERSON

Stephanie Kowitz-Harms hat bei der Körber Stiftung die deutschen MINT-Regionen aufgebaut und leitet das bundesweite Projekt „MINTvernetz“.

Die Industrie spürt den Fachkräftemangel in IT, Technik, Forschung und Entwicklung besonders stark. Um mehr junge Menschen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) zu begeistern, wird von Bildungsministerium, der IV, der MINTality-Stiftung, dem OeAD und der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH das Projekt MINT-Regionen ins Leben gerufen. Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Unternehmen und die kommunale Verwaltung sollen dabei ab 2023 regionale Netzwerke bilden, die MINT-Förderung zu ihrer gemeinsamen Mission machen.

Vorbild ist eine Initiative in Deutschland, die Stephanie Kowitz-Harms von der Körber-Stiftung mit aufgebaut hat. Die MINT-Expertin war bei einem FTI-Ausschuss der IV zu Gast in Wien und hat dort ihre Learnings geteilt.

Worin sehen Sie die größte Herausforderung, junge Menschen stärker für MINT-Themen zu begeistern?

Stephanie Kowitz-Harms: Kleine Kinder muss man dafür nicht begeistern: Wasser, Magnete und physikalische Grundgesetze sind faszinierend. Später im Bildungsweg gibt es aber Bruchstellen: Am Ende der Grundschule beginnen viele Mädchen, eine Vorstellung zu entwickeln, was ein „Mädchenberuf“ ist. In dieser Phase verlieren wir viele Mädchen. Das hängt stark mit tradierten Rollenbildern und dem sozialen Umfeld zusammen. Oft passiert das unterbewusst – bei gleichen Mathe-Noten schreibt man Jungen die höhere Kompetenz zu. Umso weniger ich mir etwas zutraue, umso schlechter bin ich darin und desto weniger interessiere ich mich dafür.

Welche Hebel gibt es, um gegenzusteuern?

In Deutschland kann man einiges von der Leseförderung lernen. Eltern sind der erste Anlaufpunkt für Lesebegeisterung – etwa, wenn sie ihren Kindern schon früh vorlesen. Der nächste Schritt sind Erzieherinnen und Erzieher und später Lehrkräfte. Sie haben große Chancen, wichtige Grundsteine zu legen und Stereotype abzubauen. Gerade Frauen trauen sich im Bereich

Experimentieren und Forschen zu wenig zu. Durch frühzeitige, kontinuierliche Förderung entlang der Bildungskette kann man viel erreichen.

Wie kann man speziell Mädchen stärker begeistern?

Oft lohnt es sich, bei bestimmten Angeboten einen Raum nur für Mädchen zu schaffen. Im Fußball ist das zum Beispiel gängig – meine Tochter spielt gerne Fußball, fand es aber immer fürchterlich, mit den Jungs zu spielen, weil sie sie nicht wirklich mitspielen ließen. In Mädchenmannschaften spielt sie gerne. Da können wir etwas für die MINT-Bildung lernen. Wir wissen auch, dass aus den wenigen Mädchenschulen, die es gibt, ein höherer Anteil in die Naturwissenschaften geht.

Sie haben in Deutschland das Projekt MINT-Regionen mit aufgebaut – welche Effekte haben solche Initiativen?

In Hamburg gibt es schon seit vielen Jahren zahlreiche Akteure, die sich für MINT-Bildung einsetzen. Das Deutsche Elektronen-Synchrotron (Desy) zum Beispiel ist eine große Forschungseinrichtung im Bereich Teilchenphysik, die viel Schülerarbeit macht. Es gibt Unis und Unternehmen, aber auch Initiativen, Vereine und Ehrenamtliche, die sich engagieren. Die kennen sich aber in der Regel nicht. Daraus ergeben sich oft Lücken. In Hamburg gab es Angebote für die Sekundarstufen 1 und 2, aber kaum etwas für Kindergarten-Altersstufen und keine Exzellenzförderung. Letzteres wurde mittlerweile umgesetzt in Form des

Kinderforschungszentrums in Hamburg. Es ist also das Strategische und Koordinative, das die MINT-Regionen bieten und sich schlussendlich in mehr MINT-Begeisterung der Kinder und Jugendlichen niederschlägt.

Welche Rolle können Unternehmen in der MINT-Bildung spielen?

Angesichts des Fachkräftemangels sollten sie eine zentrale Rolle einnehmen. Unternehmen entdecken Schülerinnen und Schüler als Zielgruppe oft erst dann, wenn sie in die Berufsorientierung gehen. Das ist aber zu spät – vor allem bei Mädchen. Man müsste in den Kindergärten ansetzen. Das ist eine Investition in die Zukunft und notwendig, um den Innovationsstandort zu sichern.

Was sind aus Ihrer Sicht die kritischen Erfolgsfaktoren für MINT-Regionen oder eine bessere MINT-Bildung?

Jede Region braucht eine zentrale Koordination, die mit der richtigen Person besetzt sein muss. Dann ist es entscheidend, die Akteur:innen aus der Region zusammenzubekommen und Parallelstrukturen zu vermeiden. Wichtig ist auch, ein gemeinsames und realistisches Ziel zu haben. „Wir brauchen mehr MINT-Lehrkräfte in Deutschland“ stimmt zwar, ist aber für ein regionales Netzwerk ein schwer erreichbares Ziel. Die Ziele müssen machbar sein und im Einflussbereich der Akteur:innen liegen. Ein regionaler Wettbewerb kann ein erstes solches Ziel sein, auf dessen Erfolg man dann aufbauen kann.

AKTUELLES IN KÜRZE

MINT-Girls Challenge läuft wieder

Mit dem Kick-Off der MINT-Girls Challenge ist der Ideenwettbewerb für Mädchen & MINT von BMAW, BKA-Frauen und IV in die zweite Runde gegangen. Auch heuer sind wieder alle Mädchen bis 19 Jahre aufgerufen, ihre Ideen zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu präsentieren. Eingereicht werden können kreative und originelle Videos, Texte und Audios, die die Ideen der Teilnehmerinnen illustrieren oder die Mäd-

chen beim Experimentieren zeigen. Industrieunternehmen, die MINT-Erlebnisse in ihren Unternehmen für die Gewinnerinnen zur Verfügung stellen wollen, sind herzlich zur Mitwirkung eingeladen.

WEBTIPP

Mehr Infos unter:
www.mintgirlschallenge.at

Challenge: Wie cool ist deine Lehre?

Das Image der Lehre ist in Österreich nach wie vor ausbaufähig. Die IV startet daher auf der Social-Media-Plattform TikTok eine Challenge, die das Image der Lehrausbildung aufwerten soll, indem Lehrlinge direkt einen Einblick in ihren Alltag und ihr Unternehmen geben. Unter dem Motto „So cool ist meine Lehre“ und

dem Hashtag #MyLehreBeLike ermuntert die IV gemeinsam mit jungen Influencern 15- bis 25-Jährige, Videos zu ihrer Lehrausbildung zu teilen. Die besten Videos werden von einer Fachjury bewertet und die ersten drei Plätze mit tollen Preisen wie einer Reise nach Barcelona, einem E-Bike oder einem Wochenende in Wien bedacht.



Teilnehmerinnen der MINT-Girls Challenge mit BM Susanne Raab, BM Martin Kocher und IV-GS Christoph Neumayer



Alle Details gibt es auf dem IV-TikTok-Kanal @IndustryBeLike

Netzwerk: Junge Industrie trifft sich bei Bundestagung in Wien

Ein dichtes Programm zum Thema „Urban Future“ wartete Ende Oktober auf die Jungindustriellen in der Bundeshauptstadt.

Mehr als 120 Teilnehmer aus ganz Österreich begrüßte JI-Wien Vorsitzender Nikolaus Griller im großen Festsaal im Haus der Industrie. In seinen Eröffnungsworten wies Griller auf die Bedeutung der Jungen Industrie für den Wirtschaftsstandort Österreich hin, denn die über 1.000 Mitglieder sitzen an den Schalthebeln der österreichischen Industrieunternehmen. Die Bundestagung dient der Vernetzung ebenso wie dem Austausch über wirtschaftliche Herausforderungen und Trends der Zukunft sowie der Besichtigung von Unternehmen und deren Expertisen.

Der Eröffnung folgte ein Dialog mit dem Wiener Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke Peter Hanke, der seine Vision von Wien als Stadt der Zukunft vorstellte. Hanke unterstrich in seinen Ausführungen die Bedeutung der Industrie am Standort Wien: Die produzierenden Betriebe machen mehr als ein Drittel der städtischen Wertschöpfung aus.

Im Anschluss folgte eine spannende Keynote von TTTech Founder & CEO Georg Kopetz, der den Teilnehmern Ideen unterbreitete, wie man Wien international zum Innovationshotspot machen kann. Nach einem feierlichen Ausklang des ersten Abends ging die Diskussion rund um die Stadt der Zukunft im Rahmen von diversen Betriebsbesichtigungen, einem Workshop

und zahlreichen informellen Gesprächen munter weiter, denen auch IV-Wien Präsident Christian C. Pochtler und Generalsekretär Christoph Neumayer beiwohnten. Besonderer Dank gilt den Sponsoren und dem Vorstandsteam der JI-Wien.

WEBTIPP

Weitere Fotos und das Video zur Bundestagung finden Sie unter www.jungeindustrie.at



Wir sind Teil der Lösung

Wir leben in turbulenten Zeiten, eine Krise jagt die andere. Aktuell geht es um unsere Zukunft und darum, den Standort Europa als Wohlstandszentrum zu bewahren.

Die nationale und europäische Politik ist bemüht, Maßnahmen zu präsentieren, die uns entlasten. Durch die teilweise komplexen Gesetzgebungsverfahren scheint sie jedoch oftmals eher mit sich selbst beschäftigt, anstatt konkrete Lösungen auf den Tisch zu legen. Dabei läuft uns allerdings die Zeit davon. Bei den aktuellen Energiepreisen gekoppelt mit der enormen Inflation – aktuell 11 Prozent laut Schnellschätzungen – stehen sowohl die heimischen Wirtschaftstreibenden als auch der Rest der Bevölkerung vor riesigen Herausforderungen.

Es gibt also akuten Handlungsbedarf und wir können nicht ewig auf Entscheidungen der Politik warten. Wenn wir die Zukunft ernst nehmen, dann müssen wir als Unternehmer aufhören, es anderen zu überlassen, und selbst aktiv werden.

Im Chinesischen etwa setzt sich das Wort „Krise“ aus den Schriftzeichen für „Gefahr“ und „Gelegenheit“ zusammen. Anstatt uns ständig zu beschweren, sollten wir uns auf etwaige Chancen fokussieren und den Mut aufbringen, in neue Partnerschaften zwischen öffentlichen Institutionen, Industrieunternehmen, KMU und Startups zu investieren. Einige innovative Lösungen liegen bereits einsatzbereit auf dem Tisch. Diese gilt es nun zu forcieren und zielgerichtet und schnell einzusetzen.

Allein unter den Mitgliedern der Jungen Industrie befinden sich einige Unternehmer, die es sich zum Ziel gesetzt haben, klassische Geschäftsmodelle neu zu denken und innovative Lösungsansätze zu entwickeln, die im Hinblick auf die Krisen unserer Zeit hochrelevant sind. Dabei sind sie unter anderem im Photovoltaik-Bereich aktiv oder zeigen anhand von Datenanalyse und mittels künstlicher Intelligenz Einsparungspotenziale beim Stromverbrauch auf. Andere beschäftigen sich eingehend mit der Digitalisierung und bringen Innovation in traditionelle Branchen wie das Bauwesen. Was sie alle eint ist, dass sie schon immer dynamisch und anpassungsfähig sein mussten, um auf den heimischen Märkten bestehen zu können.

Diese Stärke der Jungen Industrie gilt es jetzt zu nutzen. Denn wir sind auch in Krisenzeiten resilient und ein verlässlicher Kooperationspartner – und Teil der Lösung, um den Wirtschaftsstandort Österreich und Europa voranzubringen.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



v.l.n.r.: Peter Hanke, Nikolaus Griller, Georg Kopetz



IV-Wien Geschäftsführer Johannes Höhrhan beim Workshop



IV-Generalsekretär Christoph Neumayer bei der Eröffnung des zweiten Tages



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel, Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky, Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Tom Matanovic, des21

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau, Erscheinungsort: Wien, Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten, IV-NÖ/NLK Pfeiffer, IV-OÖ, IV-Salzburg, IV-Steiermark, IV-Tirol/Schreier, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Weichmann/Bohmann

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Kickoff der Bundestagung im Haus der Industrie

Bundestagung der Jungen Industrie unter dem Motto „Urban Future“

Ende Oktober fand die jährliche JI-Bundestagung erstmals seit zehn Jahren wieder in Wien statt.

An drei abwechslungsreichen Tagen drehte sich im Rahmen der Bundestagung alles um das Thema „Urban Future“. Über 120 Mitglieder aus allen Bundesländern reisten zu diesem Zweck in die Bundeshauptstadt und diskutierten über den Standort Österreich und im speziellen Wien als „Stadt der Zukunft“.

JI-Wien Vorsitzender Nikolaus Griller eröffnete die Tagung am Donnerstag, dem 20. Oktober, im Haus der Industrie. In einer kurzen Ansprache unterstrich er die Bedeutung der industriellen Betriebe sowie deren Dienstleister für den Standort. Es sei essenziell, sich gerade jetzt mit der Zukunft auseinanderzusetzen, wofür die Bundestagung eine großartige Gelegenheit biete. Als ersten

Gast begrüßte die Junge Industrie den Wiener Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke Peter Hanke, der über seine politische Vision von Wien als Zukunftsmetropole berichtete.

Danach betrat TTTech-CEO Georg Kopetz die Bühne und erklärte in einer spannenden Keynote, was Wien und Österreich aus seiner Sicht brauchen, um zum internationalen Innovationshotspot zu werden.

Nach einer kulinarischen Stärkung im Haus der Industrie lud die JI-Wien zum Ausklang des ersten Abends in die „Lugeck-Alm“ ein.

Für den zweiten Tag standen den JI-Mitgliedern vier Besichtigungen zur Auswahl. Während es für die einen in die Produktion von „Manner“ ging, besichtigten die anderen das neu renovierte Parlament, besuchten die Müllverbrennung der Wien Energie in Spittelau oder besichtigten den im Bau befindlichen U5-Tunnel.

Ein Foodtruck von Interspar verwöhnte die Teilnehmer der Tagung in weiterer Folge mit allerlei Köstlichkeiten in der Kattus

Sektellerei, von wo aus die Teilnehmer mit eigens gemieteten Manner-Straßenbahnen zum Workshop im Haus der Industrie gebracht wurden.

Dort ging die muntere Diskussion zur Stadt der Zukunft nach Begrüßung durch IV-Generalsekretär Christoph Neumayer weiter. Sechzehn Experten aus verschiedenen Branchen – darunter IV-Wien Geschäftsführer Johannes Höhrhan und Bildungsdirektor Heinrich Himmer – stellten den Teilnehmern zukunftsrelevante Herausforderungen betreffend den Standort Stadt vor. In einem regen Austausch waren die JI-Mitglieder gefordert, in einem Co-Creation-Prozess Lösungsansätze zu diversen Fragestellungen zu entwickeln.

Im Gerstenboden der Ottakringer Brauerei fand schließlich der Abschluss des zweiten Abends statt, dem auch IV-Wien Präsident Christian C. Pochtler beiwohnte.

Vor der Abreise trafen sich die Teilnehmer schlussendlich samstagsmorgens im Schweizerhaus für das Resümee der Tagung bei Stelze und Bier.



JI-Wien Vorsitzender Nikolaus Griller bei der Eröffnung des Workshops



JI-Wien Vorstandsmitglieder Anna Schörghofer und Markus Neubrand im Gespräch



Stadtrat Peter Hanke im Gespräch mit Nikolaus Griller

Schlafwandelnd in den Abgrund?

Krise jagt Krise, wir hecheln hinterher. Der rege Aktionismus verdeckt, dass wir gleichzeitig langfristige Probleme nicht mehr sehen oder sehen wollen.



DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an debatte@iv.at

Der Historiker Christopher Clark sorgte vor rund zehn Jahren mit seinem Bestseller „Die Schlafwandler“ für Furore: In diesem beschreibt er, wie Europa im Vorfeld des Ersten Weltkrieges aufgrund seiner Bündnispolitik und den damit einhergehenden Verpflichtungen, die größere Staaten gegenüber ihren kleineren Bündnispartnern eingegangen waren, gewissermaßen ohne es zu merken in die größte Katastrophe der damaligen Zeit hineintaumelte. Diese Analogie mag übertrieben erscheinen, der dritte Weltkrieg steht hoffentlich nicht vor der Tür. Aber das Bild der „schlafwandelnden Politik und Gesellschaft“ scheint mir leider nur allzu treffend. Denn auch heute wandeln wir, scheinbar ohne es merken zu können oder zu wollen, auf einen Abgrund zu. Der Protest dagegen hält sich, gelinde gesagt, in Grenzen.

Einer der jüngsten Auslöser für diesen Gedankengang war die Bundestagung der Jungen Industrie in Wien, bei der ich zu Gast war. Welche Grußworte richtet man in Zeiten wie diesen an die jüngere Generation? Zukunft, Hoffnung, Innovation – üblichen Allgemeinplätze bieten sich an, alle richtig, alle treffend, gleichzeitig aber auch jedenfalls zu wenig angesichts der aktuellen Multikrise.

Ich habe mich schließlich dazu entschlossen, einen Appell an die jüngere Unternehmergeneration unseres Landes zu richten: Seid mutig und der Katalysator für Veränderung in diesem Land – und das muss auch heißen: Geht in die Politik! Engagiert euch! Denn leider, so meine Überzeugung, verstehen viele der derzeitigen Politiker nicht, worauf wir gerade zusteuern.

Nun muss man zur Verteidigung der Politik anmerken, dass Politik und Unternehmertum

zwei komplett andere Welten sind, andere Erfolgskriterien, andere Mechanismen. In guten Zeiten, mit Frieden und brummen-der Wirtschaft, ist das vielleicht kein allzu augenscheinliches Problem. In Krisenzeiten aber offenbart sich die große Gefahr, die aus dem Unverständnis der Politik für wirtschaftliche Zusammenhänge herrührt. Ein Unternehmer kann sich die Welt nicht so zurechtdenken und -wünschen, wie er sie gerne hätte. Er muss mit den nackten Realitäten arbeiten – was nicht geht, geht eben nicht. Die Politik arbeitet lieber mit bunten Luftschlössern, Gedankengebilden, Wunschdenken. Politik soll zu einem Teil auch inspirieren, „große Bilder“ einer Zukunft malen, auf die wir als Gesellschaft zusteuern sollten. Wenn diese Bilder aber kein Fundament mehr in der Realität haben, wird es gefährlich.

Lassen Sie mich dies kurz illustrieren: Erwähnt sei an dieser Stelle als Erstes die implizite Staatsverschuldung. Damit ist gemeint, dass man nicht einfach nur die explizite Staatsverschuldung eines Staates im Auge behalten muss. Entscheidend ist auch, welche Verbindlichkeiten aufgrund der bestehenden Gesetze ein Staat eingegangen ist – etwa durch die Pensionsversprechen gegenüber den Bürgern. Ein Unternehmen muss diese Verbindlichkeiten natürlich bilanzieren, der Staat mit seiner Fiskalpolitik (Einnahmen-Ausgabenrechner) ignoriert seine zukünftigen verbindlichen Verpflichtungen. In Österreich, wo keine Pension ohne staatlichen Zuschuss aus Steuergeld auskommt (derzeit machen die Zuschüsse fast ein Viertel des gesamten Budgets aus!), haben die Menschen, die jetzt noch aktiv im Arbeitsleben stehen, einen gesetzlich definierten Anspruch auf eine Pension – dieser Anspruch wird eines Tages schlagend.

Das Modell der impliziten Staatsverschuldung zielt somit darauf ab, den Bürgerinnen und Bürgern transparent und deutlich vor Augen zu führen, wie nachhaltig und generationengerecht der Haushalt tatsächlich ist.

Die letzten für ganz Europa verfügbaren Zahlen (statista.com) weisen teilweise erschreckende Differenzen zwischen der offiziellen und der impliziten Staatsverschuldung aus. Demnach betrug diese offizielle Verschuldung Österreichs 2018 78 Prozent. Die „verdeckte“, also implizite Schuld lag bei 143 (!) Prozent. Griechenland liegt da etwa deutlich besser als das „frugale“ Österreich. Dass die Situation seit damals nicht besser geworden sein kann, liegt auf der Hand.

In Österreich haben vor allem die Denkfabrik Agenda Austria sowie das Wirtschaftsforschungsinstitut EcoAustria viele Jahre lang immer wieder versucht, die öffentliche Meinung mit Studien und Prognosen auf- und wachzurütteln. EcoAustria weist im Schuldencheck 2018 eine implizite öffentliche Verschuldung von 224 Prozent des BIP aus. Zusammengerechnet mit den damaligen 83,6 Prozent offizieller Staatsverschuldung betrug das wirkliche Defizit unseres Staates damals also bereits über 300 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung! Nachhaltigkeit?!

Hier wäre eine aktuelle Neuberechnung mehr als nur spannend, immerhin jagen wir seitdem mit allerlei Hilfspaketen einer Krise nach der anderen hinterher. Solche Pakete sind in Krisenzeiten manchmal unvermeidbar. Allerdings hat Österreich die Tendenz, mit der Gießkanne viel Geld zu verteilen, selten zielgerichtet, aber stets großzügig auf unser aller Kosten! Nachdem wir die derzeitigen, akuten Krisen überwunden haben werden, wird Bilanz gezogen werden müssen – weiß die Politik denn überhaupt, wie stark unsere implizite fiskalische Schieflage bereits ist? Ist der Kontrollverlust bereits eingetreten? Ich fürchte Schlimmes!

Womit wir wieder bei der Politik sind. Natürlich ist es populärer, den Wählerinnen und Wählern Geldgeschenke zu machen. Das Brimborium der Politik verdeckt leider oft erfolgreich, dass die Bürger sich diese Geldgeschenke ohnehin selbst zahlen oder zahlen werden müssen.

Und damit kommen wir zum entscheidenden Punkt, festgemacht an einem Beispiel: Dem Pensionssystem, bedauerlicherweise eine chronische Baustelle der heimischen Politik. Die letzten ernsthaften Reformversuche geschahen Anfang des neuen Jahrtausends, seit damals wurden manche sinnvolle Reformen wieder zurückgenommen, neue Belastungen erfunden und natürlich jedes Jahr öffentlichkeitswirksam munter Geld verteilt für außertourliche Pensionserhöhungen.

Im Falle des Pensionssystems gibt es aktuelle Berechnungen der Agenda Austria. Das Ergebnis: Die jährlichen Zuschüsse ins Pensionssystem werden von 20,8 Mrd. Euro 2020 auf 32,8 Mrd. Euro 2026 steigen. Zwischen 2022 und 2026 allein werden wir damit in Summe rund 140 Mrd. Euro aus

dem staatlichen Budget für das Pensionssystem aufwenden müssen.

Die Probleme sind altbekannt: Wir gehen zu früh in Pension, haben keine automatische Anpassung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung, zu wenig Abschlüsse bei Frühpensionierungen und so weiter und so fort – gleichzeitig suchen wir händeringend nach qualifizierten Arbeitskräften! Im Falle des Pensionssystems zeigt sich das grundlegende Problem der Politik.

Konrad Adenauer hat den Satz geprägt: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern.“ Ergänzend müsste man als Charakterzug der Politik wohl hinzufügen: „Was kümmert mich das Geschwätz von morgen?“ Politik denkt im Hier und Jetzt, maximal die nächste Wahl ist entscheidend als Horizont. Jetzt muss Stimmung gemacht, jetzt müssen Wählerstimmen gewonnen werden. Wen juckt es schon, dass als Auswirkung der aktuellen Politik eine massive Überverschuldung in der Zukunft droht?

Die Politik beruhigt stets, wenn derartige Fragen laut werden. Die Beamtenpensionen würden ja sinken. Außerdem ginge sich das alles aus, man müsse die Entwicklung der Pensionskosten ja relativ zum Wachstum der Wirtschaft sehen. Tatsächlich wurden in der Vergangenheit immer wieder wohlklingende Prognosen veröffentlicht, die belegen sollten, dass der Anstieg der Pensionskosten so schlimm nicht sein werde. Hinterlegt wurden hier aber allzu oft Wachstumsannahmen, die selbst in guten Zeiten überzogen waren. Der Chefökonom der IV, Christian Helmenstein, sprach hier einmal sehr treffend von „Christkind-Szenarien“.

Derzeit erleben wir, wie illusorisch es war und ist, von einer immer gleichbleibenden, steten Steigerung des Wirtschaftswachstums auszugehen. Externe Schocks wie der Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen sind unvorhersehbar. Der schlechende, selbst verschuldete Verlust europäischer Wettbewerbsfähigkeit verschärft diese Situation weiter.

Jedem Menschen mit ein wenig wirtschaftlicher Grundkenntnis muss klar sein, dass sich der Status quo auf Dauer so nicht aufrechterhalten lassen wird. Wir geben laufend mehr aus, als wir einnehmen, wir investieren massiv Geld in ineffiziente Strukturen und Konsumausgaben statt in zukunftsbezogene Ausgaben.

Es wäre mehr als wünschenswert, wenn hier ähnlich wie beim Thema Klimawandel junge Menschen an der Spitze des Protestes stünden. Tun sie aber nicht. Und das ist ein großer Fehler. Denn wir sind dabei, die Zukunft dieser jüngeren und kommenden Generationen zu verspielen.

Ihr

Christian C. Pochtl,
Präsident der IV-Wien

Veranstaltung: „Global Spotlight – USA-Mid-Term-Elections und ihre geopolitischen Auswirkungen“

Anfang November diskutierte ein hochkarätiges Panel rund um Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zur transatlantischen Partnerschaft.

Die USA und Europa sind die am engsten verwobenen Wirtschaftsräume der Welt. Ein transatlantisches Handelsvolumen von insgesamt 1,2 Billionen Euro (2021) unterstreicht die bedeutenden Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der beiden Partner, die 16 Millionen Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks sichern. Gerade angesichts der aktuellen Krisenzeiten und der daraus resultierenden unsicheren Versorgungslage erscheint freier Handel wichtiger denn je.

Das griff auch die IV-Ausschussvorsitzende für Europa & Internationale Märkte, Karin Exner-Wöhrer, bei der Eröffnung der gemeinsamen Veranstaltung der Industriellenvereinigung und der IV-Wien auf und betonte einleitend, dass „die engen Beziehungen zwischen Österreich und den USA gerade auch anhand der Zahlen deutlich erkennbar sind“.



Die Podiumsteilnehmer und Organisatoren der Veranstaltung

USA ALS EINER DER WICHTIGSTEN HANDELS-PARTNER FÜR ÖSTERREICH

Rund 800 österreichische Unternehmen sind in den USA aktiv und sichern über 60.000 Arbeitsplätze. 2021 wurden rund elf Mrd. Euro an Waren in die USA exportiert, während rund sechs Mrd. Euro an Produkten importiert wurden. Die österreichischen Direktinvestitionen in den USA lagen bei rund 16 Mrd. Euro, während amerikanische Direktinvestitionen in Österreich rund 13 Mrd. Euro betragen.

Im Anschluss begrüßte „Die Presse“-Moderator Christian Ultsch nationale und internationale Gäste aus Wirtschaft und Politik und hieß Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka, Deputy Chief of Mission Mario Mesquita als Vertreter der US-Botschaft in Wien, Wienerberger CFO Gerhard Hanke und Monika Köppl-Turyna, Direktorin von Eco Austria, am Podium willkommen.

„Die transatlantische Partnerschaft wird weiterhin eng bleiben, was auch eine Priorität der Biden-Regierung ist“, unterstrich Mario Mesquita gleich zu Beginn in seinen Ausführungen in Bezug auf die bevorstehenden Mid-Term-Elections. Auch was die Unterstützung der Ukraine betrifft, gäbe es laut dem Geschäftsträger der US-Botschaft in den USA über alle politischen Lager hinweg ein klares Bekenntnis.

In dieselbe Kerbe schlug auch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka: „Für Europa und Österreich gilt es mit einer großen Portion Selbstbewusstsein aufzutreten. Monokausale Abhängigkeit ist das Problem. Gerade anlässlich von COVID und der nachfolgenden Krisen ist klar geworden, wie wichtig der Freihandel und eine Diversifizierung der Geschäftspartner ist“, so das Zwischenresümee des Nationalratspräsidenten zu den turbulenten Zeiten in Europa und teilweise auch den USA.

Dem stimmte auch Köppl-Turyna aus ökonomischer Sicht zu. Freihandel sorge für Wohlstand und ist ein Garant für Arbeitsplätze, da seien sich Volkswirte einig.

Abschließend brachte Gerhard Hanke die Branchensicht ein: Wienerberger sei seit 20 Jahren im US-Markt aktiv und beobachte das Geschehen sehr genau. Gerade hinsichtlich der aktuellen Krisen erlebe man den Unterschied zwischen den beiden Wirtschaftsräumen sehr deutlich. So seien etwa die Energiepreise in Europa um ein Vielfaches gestiegen - in den USA hingegen sei das Ausmaß der Erhöhungen deutlich kleiner.

Einig waren sich alle, dass angesichts der wachsenden Rolle Chinas auf den Weltmärkten und wirtschaftlichen Abhängigkeiten gute Handelsbeziehungen zwischen USA und Europa essenziell für den Standort und den Wohlstand hierzulande sind.



Nationalratspräsident Sobotka im Gespräch



Karin Exner-Wöhrer bei der Begrüßung der Podiumsteilnehmer



Großes Interesse bei den Gästen